



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

43. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. September 1989

Nummer 39

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
101	9. 8. 1989	Bekanntmachung zu dem Ersten Zusatzübereinkommen über den Beitritt der Niederlande zu dem deutsch-belgisch-luxemburgischen Übereinkommen über die wechselseitige Anerkennung von bestimmten Eignungs- und Überwachungsnachweisen im Bauwesen	452
2030	8. 8. 1989	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung	453
822	24. 5. 1989	Zehnter Nachtrag zur Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes	453
	8. 8. 1989	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1989/90	454

101

Bekanntmachung
zu dem Ersten Zusatzübereinkommen über den
Beitritt der Niederlande zu dem
deutsch-belgisch-luxemburgischen
Übereinkommen über die wechselseitige
Anerkennung von bestimmten Eignungs- und
Überwachungsnachweisen im Bauwesen
Vom 9. August 1989

Das am 9. November 1988 zwischen dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundesrepublik Deutschland, dem Minister für öffentliche Arbeiten des Königreichs Belgien, dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Zusammenarbeit, Staatssekretär des Mittelstandes des Großherzogtums Luxemburg einerseits und dem Minister für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt und dem Minister für Außenhandel der Niederlande andererseits unterzeichnete Erste Zusatzübereinkommen über den Beitritt der Niederlande zu dem deutsch-belgisch-luxemburgischen Übereinkommen über die wechselseitige Anerkennung von bestimmten Eignungs- und Überwachungsnachweisen im Bauwesen vom 20. November 1986 (BGBl. 1987 II S. 103) ist durch Bekanntmachung vom 15. Januar 1989 (BGBl. 1989 II S. 150) veröffentlicht worden. Es ist nach seinem Artikel 4

am 9. November 1988
in Kraft getreten.

Für das Land Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung mit Zustimmung des Landtags das Einverständnis zu der Vereinbarung erklärt.

Düsseldorf, den 9. August 1989

Der Stellvertreter
des Ministerpräsidenten
Schnoor

Zusatzübereinkommen

zwischen

- dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundesrepublik Deutschland,
- dem Minister für öffentliche Arbeiten des Königreichs Belgien,
- dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Zusammenarbeit, Staatssekretär des Mittelstandes des Großherzogtums Luxemburg,

einerseits

und

- dem Minister für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt und dem Minister für Außenhandel der Niederlande,

andererseits,

zu dem am 20. November 1986 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommen über die wechselseitige Anerkennung von bestimmten Eignungs- und Überwachungsnachweisen im Bauwesen.

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundesrepublik Deutschland im Einvernehmen mit den für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministern und Senatoren der Länder der Bundesrepublik Deutschland, der Minister für öffentliche Arbeiten des Königreichs Belgien, der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Zusammenarbeit, Staatssekretär des Mittelstandes des Großherzogtums Luxemburg und der Minister für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt und der Minister für Außenhandel der Niederlande

haben

- in Erwägung, daß es in Erwartung einer europäischen Regelung bezüglich Bauprodukte nützlich ist, zu einer internationalen Zusammenarbeit zu gelangen, die eine wechselseitige Anerkennung nationaler Prüfverfahren im Bauwesen ermöglicht;

- unter Berücksichtigung des am 20. November 1986 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens zwischen dem Minister für öffentliche Arbeiten des Königreichs Belgien, dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundesrepublik Deutschland, dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Zusammenarbeit, Staatssekretär des Mittelstandes des Großherzogtums Luxemburg über die wechselseitige Anerkennung von bestimmten Eignungs- und Überwachungsnachweisen im Bauwesen (im folgenden: das Übereinkommen);

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens auszuweiten;

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Der Minister für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt und der Minister für Außenhandel der Niederlande treten dem Übereinkommen bei.

Artikel 2

Die Präambel des Übereinkommens wird wie folgt ergänzt:

Am Ende der vierten Erwägung:

- Im deutschen Text wird das Wort „und“ gestrichen und vor dem letzten Wort „ausgestaltet“ wird „und in den Niederlanden teilweise privatrechtlich, teilweise öffentlich-rechtlich“ hinzugefügt.
- Im französischen Text wird „aux Pays-Bas, en partie de droit privé, en partie droit public“ hinzugefügt.
- Im niederländischen Text wird das Wort „en“ gestrichen und vor den letzten Wörtern „aard zijn“ wird „en in Nederland deels van privaatrechtelijke, deels van publiekrechtelijke“ hinzugefügt.

Im Schlußsatz der vierten Erwägung:

- Im deutschen Text werden die Wörter „Belgien und Luxemburg“ durch die Wörter „Belgien, Luxemburg und den Niederlanden“ ersetzt.
- Im niederländischen Text werden die Wörter „Luxemburg en de Bondsrepubliek Duitsland“ durch die Wörter „Luxemburg, de Bondsrepubliek Duitsland en Nederland“ ersetzt.
- Im französischen Text werden die Wörter „République fédérale d'Allemagne et le Luxembourg“ durch die Wörter „République fédérale d'Allemagne, le Luxembourg et les Pays-Bas“ ersetzt.

Am Schluß der letzten Erwägung wird hinzugefügt:

- Im deutschen Text „In den Niederlanden handelt es sich um folgende Bereiche: Bescheinigungen und Zertifikate“.
- Im niederländischen Text: „In Nederland komen daarvoor in aanmerking: attesten en certificaten“.
- Im französischen Text: „Aux Pays-Bas, les domaines suivants sont concernés: les attestations et les certificats.“

Artikel 3

Dieses Zusatzübereinkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Regierungen des Königreichs Belgien, des Großherzogtums Luxemburg und der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des Zusatzübereinkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 4

Dieses Zusatzübereinkommen tritt am Tag mit der Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Den Haag, am 9. November 1988

in vier Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für den Bundesminister für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau
der Bundesrepublik Deutschland

Parlamentarischer Staatssekretär
J. Echternach

Der Minister für öffentliche Arbeiten
des Königreichs Belgien
P. d'Hondt

Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten,
Außenhandel und Zusammenarbeit,
Staatssekretär des Mittelstandes
des Großherzogtums Luxemburg
J. Hostert

Der Minister für Wohnungswesen,
Raumordnung und Umwelt und
der Minister für Außenhandel
der Niederlande
E.H.T.M. Nijpels
Y.M.C.T. van Rooy

– GV. NW. 1989 S. 452.

2030

**Vierte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über beamtenrechtliche Zuständigkeiten
im Geschäftsbereich
des Ministers für Wissenschaft und Forschung
Vom 8. August 1989**

Aufgrund des § 3 Abs. 3 und des § 180 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes (LBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. März 1989 (GV. NW. S. 102), aufgrund des § 126 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 462), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1297), aufgrund des § 3 Abs. 1 und 3 und des § 5 der Verordnung über die Ernennung, Entlassung und Zuruhesetzung der Beamten und Richter des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Juni 1978 (GV. NW. S. 286), geändert durch Verordnung vom 1. Juli 1980 (GV. NW. S. 700), sowie aufgrund des § 2 Satz 1 der Auslandsreisekostenverordnung (ARVO) vom 9. April 1970 (GV. NW. S. 270), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Mai 1986 (GV. NW. S. 494), wird für meinen Geschäftsbereich verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung vom 4. Juni 1982 (GV. NW. S. 284), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Mai 1988 (GV. NW. S. 232), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 wird folgende Nummer 4 eingefügt:
„4. an dem Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
– Kulturwissenschaftliches Institut –
auf das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
– Kulturwissenschaftliches Institut –“

2. In § 4 Abs. 1 Nr. 4 wird nach den Worten „dem Zoologischen Forschungsinstitut und Museum Alexander Koenig“ als neue Zeile eingefügt:
„dem Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen – Kulturwissenschaftliches Institut –,“
3. In § 5 Abs. 1 wird folgende Nummer 8 eingefügt:
„8. das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen – Kulturwissenschaftliches Institut –,“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 8. August 1989

Der Minister
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Anke Brunn

– GV. NW. 1989 S. 453.

822

**Zehnter Nachtrag
zur Satzung
des Rheinischen Gemeindeunfall-
versicherungsverbandes
Vom 24. Mai 1989**

Artikel I

Die Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes vom 21. Dezember 1964 (GV. NW. 1965 S. 48) in der Fassung des Neunten Nachtrages wird wie folgt geändert:

In § 18 Abs. 2 wird der Betrag „72 000,00 DM“ durch „84 000,00 DM“ ersetzt.

Artikel II

Diese Regelung tritt ab 1. Juli 1989 in Kraft.

Artikel III

Der vorstehende Nachtrag wurde von der Vertreterversammlung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes am 24. Mai 1989 beschlossen.

Düsseldorf, den 24. Mai 1989

Der Vorsitzende
der Vertreterversammlung
Dr. Linden

Der Vorsitzende
des Vorstandes
Foltin

Genehmigung

Der von der Vertreterversammlung am 24. Mai 1989 beschlossene Zehnte Nachtrag zur Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes wird gemäß IV § 34 Abs. 1 SGB und § 769 Abs. 1 RVO in Verbindung mit § 672 Abs. 1 RVO genehmigt.

Düsseldorf, den 26. Juli 1989
II A 2 – 3211.3.1

Der Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Broede

Bekanntmachung

Der vorstehende Zehnte Nachtrag zur Satzung wird gemäß § 1 Abs. 4 der Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes bekanntgemacht.

Düsseldorf, den 26. Juli 1989

Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband
Düsseldorf, Heyestraße 99

Der Vorsitzende
der Vertreterversammlung

Dr. Linden

Der Vorsitzende
des Vorstandes

Foltin

– GV. NW. 1989 S. 453.

**Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die
Vergabe von Studienplätzen in höheren
Fachsemestern an den Hochschulen des Landes
Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1989/90**

Vom 8. August 1989

Aufgrund des § 4, des § 6 Abs. 2 und des § 7 Nr. 2 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. März 1986 (GV. NW. S. 218) wird verordnet:

§ 1

Anlage (1) Für die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Studiengänge wird an den dort genannten Hochschulen die Zahl der Studienplätze in höheren Fachsemestern für das Wintersemester 1989/90 nach Maßgabe der Anlage festgesetzt.

(2) In den in der Anlage mit „R“ bezeichneten Studiengängen werden an den dort genannten Hochschulen in den bezeichneten Fachsemestern über die Zahl der Rückmelder hinaus keine weiteren Studenten aufgenommen. Liegt in diesen Studiengängen die Zahl der Rückmelder unter der gemäß Absatz 1 festgesetzten Zahl der Studienplätze, bestimmt die Hochschule eine gesonderte Bewerbungsfrist und gibt sie in geeigneter Weise bekannt.

§ 2

Für die Bestimmung der Zulassungszahl und die Vergabe der danach verfügbaren Studienplätze gilt, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, § 51 der Vergabeverordnung, zuletzt geändert durch die Siebte Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung vom 31. Mai 1989 (GV. NW. S. 318). Abweichend von Satz 1 werden die im Studiengang Sport (Diplom) für ausländische Bewerber verfügbaren Studienplätze nach den Grundsätzen des § 45 Abs. 2 Sätze 1 bis 3 und Abs. 3 der Vergabeverordnung vergeben.

§ 3

Im vorklinischen Teil des Studiengangs Medizin ist die Zuweisung eines nach § 2 verfügbaren Studienplatzes auf diesen Teil beschränkt. Die Zuweisung eines Studienplatzes für den klinischen Teil an einer anderen Hochschule bleibt vorbehalten; die Fortsetzung des Studiums ohne Unterbrechung wird gewährleistet. Hierauf ist in dem Zulassungsbescheid hinzuweisen.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1989 in Kraft.

Düsseldorf, den 8. August 1989

Der Minister
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Anke Brunn

Studiengang/ Abschluß		TH Aachen	Uni Siegen	Uni Bonn	Uni Dortm.	Uni Dortm.	Uni-GH Essen	Uni Köln	Uni Mainz	Uni-GH Paderb.	Uni-GH Paderb. Abt. Soest	Uni-GH Wuppert.	FH Bochum	FH Bochum Abt. Gel- senkirchen	FH Dortm.	FH Köln	FH Münster	FH Niederr.
Allgemeine Informatik	(D) 3. FS 5. FS														60° 60°			
Architektur	(D) 3. FS 5. FS 7. FS	242 224 225			83							60°						
Bildungs- technik	(D) 3. FS																	147°
Betriebswirt- schaft	(D) 2. FS 3. FS 4. FS 5. FS 6. FS 7. FS 8. FS 2.-4. FS 5.-8. FS	362 366						185 R 377 R 185 R 377 R 185 R 377 R 185 R		648 R 826 R								
Biologie	(D) 2. FS 3. FS 5. FS 7. FS (S II) 3. FS 5. FS 7. FS		123	176	197			180 186 183										
Druckerei- technik	(D) 3. FS 5. FS											62° 62°						
Elektrotechnik	(D) 3. FS 5. FS												106° 109°	112° 108°	170° 170°		87° 87°	108° 101°
Elektrotechnik/ Elektronik/ Energietechnik	(D) 3. FS 5. FS															132° 130°		
Elektrotechnik/ Nachrichtentechnik	(D) 3. FS 5. FS															148° 127°		
Informatik	(D) 3. FS	133			128	253 R				164°								
Ingenieur- informatik	(D) 3. FS				81													
Innenarchitektur	(D) 3. FS											40°						
Kunstgeschichte	(M, NH) 2. FS 3. FS 4. FS 5. FS 6. FS 7. FS 8. FS		21 44 21	22 44 22 44 22 44 22				86 R										
Landbau	(M, NH) 3. FS							113 R										
Landbau	(D) 3. FS 5. FS									76° 74°								
Landespflege	(D) 2.-6. FS						146°											
Lehrmittel- technik	(S) 2. FS 3. FS 4. FS 5. FS			10 10 10 10														
Maschinenbau	(D) 3. FS 5. FS												121° 86°	123° 123°	86° 81°		100° 100°	
Maschinenbau/ Fahrzeugtechnik	(D) 3. FS 5. FS															113° 104°		
Maschinenbau/ Fertigungs- technik	(D) 3. FS															43°		
Maschinenbau/ Konstruktions- technik	(D) 3. FS 5. FS															83° 83°		
Mathematik	(S) Verf. 2. FS 3. FS 4. FS	306		807	178 180 178	254 288 254	212	238 229 229	221 221 221									
	KI. 2. FS 3. FS 4. FS 5. FS 6.-8. FS	63 241 88 222		188 232 181 222	183 184 178	108 218 108		182 186 184	163 184 182									
Ökonomie	(M, NH) 2.-8. FS			293		341	322	306	234									
Ökonomie	(D u. S II) 2.-8. FS											60 R						

Studiengang/ Abschluß	TH Aachen	Uni Siegen	Uni Bochum	Uni Bonn	Uni Düsseldorf	Uni Köln	DSH Köln	Uni Münster	Uni-GH- Wuppertal	FH Aachen	FH Siegen	FH Dortmund	FH Düsseldorf	FH Köln	FH Münster	FH Niederrhein
Pharmazie	(S) 2. FS 2. FS 4. FS 6. FS 6. FS 7. FS			77 75 73 72 70 69	61 48 47 46 44 43			86 86 83 84 82 82								
Produktions- Design/ Mede-Design	(D) 3. FS										20*					
Produktions- technik	(D) 3. FS													44*		28*
Psychologie	(D) 3. FS 5. FS 7. FS 5.-6. FS	131 219	131 241	87 82 88	82 88 88			121 121 121	49** 49** 49**							
Psychologie	(M, H) 2.-4. FS								63							
Rechtswissen- schaft	(S) 2. FS 3. FS		185	196		238 R 480 R		207								
Sozialpädagogik	(D) 2. FS													100*		
Sozialwissen- schaften	(S II) 2. FS					20 R										
Spezielle Wirtschaftslehre	(S II) 2. FS					4 R										
Sport	(D) 2. FS 2. FS 2.-4. FS		39 40				693									
Technische Informatik	(D) 3. FS 5. FS											70* 70*				
Theater, Film u. Fernsehwissen- schaft	(M, H) 2. FS 3. FS (M, H) 2. FS 3. FS		48 R 25 R			40 R 82 R										
Übersetzen und Deutetexten	(D) 3. FS													222*		
Verfahrenstechnik	(D) 3. FS 5. FS													57* 52*		
Völkerkunde	(M, H) 2. FS (M, H) 3. FS					42 R 86 R										
Volkswirtschaft	(D) 2. FS 3. FS 4. FS					89 R 180 R 88 R										
Volkswirtschaft sozialwissenschaftl.	(D) 2. FS 3. FS 4. FS					40 R 72 R 32 R										
Wirtschaft	(D) 2. FS 2. FS 4. FS 5. FS 6. FS									70* 127* 67* 122* 64*		73* 80* 73*	148* 140* 124*	48* 143* 48*	56* 108* 52*	
Wirtschaftsin- formatik	(D) 3. FS 5. FS											40* 40*				
Wirtschafts- pädagogik	(D) 2. FS 3. FS 4. FS					18 R 36 R 16 R										
Wirtschaftswissen- schaften	(S II) 2. FS					11 R										
Zahnmedizin	(S) 2. FS 3. FS 4. FS 5. FS 6. FS 7. FS 8. FS 9. FS 10. FS	67 86 84 83		42 43 42 42 41 41 41 42	67 67 66 66 64 64 63 62	60 60 60 60 60 60 60 60		67 66 67 66 66 66 66 66								

D : Diplom
 FS : Fachsemester
 S II : Lehramt für die Sekundarstufe II
 M : Magister
 H : Hauptfach
 M : Nebenfach
 S : Studienkassen
 Verw. : Verwaltunglicher Teil
 Kl. : Klinkischer Teil

- : Kein Studienangebot
 * : Fachhochschulstudium
 ** : Integrierter Studiengang
 R : Die Aufnahme von Studenten ist auf
 Platzanforder beschränkt.

1770

Einzelpreis dieser Nummer 1,35 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt:

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 95,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabinsendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 3, 4000 Düsseldorf 1

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5352